

## **I. Mahnwache „No Lager - No ZUE in NRW/Kreis Recklinghausen“**

Stand: 01.09.2021

Geplant werden im Zugehen auf die Landtagswahl am 15. Mai 2022 mehrere Mahnwachen gegen die unwürdigen Verhältnisse in den ZUE´n in NRW im Kreis RE. Die Aktion verbindet sich mit der bundesweiten Initiative „No Lager - nowhere!“

**Die 1. Mahnwache soll am 30. Oktober 2021 von 11 - 13 Uhr vor dem Rathaus Recklinghausen stattfinden.**

- Die Anmeldung beim Ordnungsamt/Polizei würde (...) veranlassen.
- Begleitung der Aktion mit Social Media/Videodoku
- Zentrale Aktion der Mahnwache ist eine Stuhldreiecke mit 9 Menschen, die Plakate mit benannten zentrale Leiderfahrungen der ZUE-Bewohner vor sich halten.
- Texte:
  - **Ich muss mit fremden Menschen in einem Zimmer schlafen trotz Corona**
  - **Unsere Kinder dürfen nicht in die Schule und nicht in den Kindergarten**
  - **Ich darf 2 Jahre mein Essen nicht selber kochen**
  - **Ich trage alle Wichtige an meinem Körper - mein Zimmer ist nicht abschließbar**
  - **Ich habe keine Privatsphäre - mein Zimmer ist nicht abschließbar**
  - **Ich würde gerne deutsche Freunde haben und Deutsch lernen - aber ich darf nicht**
  - **Ich darf nicht arbeiten, obwohl ich einen Job gefunden habe**
  - **Das Allerschlimmste ich die Langeweile**
  - **Meine Kinder und ich haben Angst vor Abschiebung - Tag und Nacht**

Begleitend verteilen Aktive ein Informationsblatt der bundesweiten Initiative No Lager

**No Lager, nowhere! Bezahlbarer Wohnraum für alle!**

*Fluchtursachen sind vielfältig. Bei dem Versuch, ihr Leben zu retten, sterben täglich unzählige Geflüchtete. Überlebende, die es in ein EU-Land schaffen, erwartet dort nicht etwa ein geschützter und menschenwürdiger Lebensraum. Sie müssen in Zelt-Camps wie Kara Tepe ausharren und werden in Deutschland in Anker-Zentren, Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die eines gemeinsam haben: Es sind Lager!*

*Orte, an denen Menschen entrechtet werden. Es gibt dort oft keine Privatsphäre, keinen Schutz und keine Möglichkeit zur eigenständigen Organisation des Alltags oder zur Integration. Stattdessen willkürliche Personen- und Zimmerkontrollen, zum Teil unter Anwendung von Gewalt durch Security-Personal und Polizist\*innen, die zu jeder Tages- und Nachtzeit Abschiebungen durchführen. Geflüchtete müssen mit der Angst als ständiger Begleiterin leben, Flashbacks und das Entstehen*

neuer Traumata sind die Folge. In vielen Lagern ist neben der psychischen auch die körperliche Gesundheitsversorgung unzureichend. In der Erstaufnahme gibt es nur eine gesundheitliche Notversorgung, der Zugang zu Fachärzt\*innen und Therapien wird hier verwehrt. Häufig ist bedürfnisgerechte Ernährung ebensowenig gewährleistet wie Pandemie-bedingt erforderlicher Infektionsschutz. Vielmehr setzen die Verantwortlichen auf „Durchseuchungspolitik“ in Kombination mit der vollständigen Isolation geflüchteter Menschen, beispielsweise durch Besuchsverbote.

Diese und weitere intensive Grundrechtseinschränkungen sind in Hausordnungen festgeschrieben. In Lagern wird „Migrationsmanagement“ betrieben, die Lagerunterbringung geflüchteter Menschen beruht auf einer politischen Kontinuität rechter Programmatik. Unter anderem die Änderung des Art. 16 GG und das Dublin-Abkommen negieren das Asylrecht. Zahlreiche Betroffene haben weder die Möglichkeit, noch die Mittel, Rechtsbeistand in Anspruch zu nehmen. All dies ist von Politiker\*innen gewollt: Lager sollen der Abschreckung dienen. Aber niemand flieht freiwillig und Migration ist kein vorübergehendes Ereignis, sondern wird immer zu unserem Alltag gehören. Geändert werden muss die Anerkennungs- und Unterbringungspolitik für Geflüchtete. Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht und gilt für alle Menschen, unabhängig von deren Aufenthaltsstatus.

Lager bedeuten rassistische Gewalt, Entrechtung, Verwaltung, Isolation und Ausgrenzung. So darf es nicht weitergehen! Wir wollen Wohnungen für alle! Wir rufen am 9. Oktober 2021 zu einem bundesweiten Aktionstag auf. Dezentral aber gemeinsam, um Lagerstrukturen zu bekämpfen und abzuschaffen. Gemeinsam wollen wir unsere Forderung in die Öffentlichkeit tragen: No Lager, nowhere! Kein Lager, nirgendwo! Weitere Informationen: <https://lager-watch.org/>

Ein breites **Netzwerk** engagierter Flüchtlingsinitiativen im Kreis RE wird angestrebt. Ff. Initiativen sollen angesprochen werden:

- Ehrenamtsnetzwerk RE
- Alle weiteren Aktionsgruppen im Kreis RE werden von M. Lillig und R. Srebny angesprochen
- Gasthaus RE
- Amnesty
- Kirchen (auch überregionalen Vertreter, d.h. Superintendentin/Kreisdechant, an)
- Pax Christi
- Flüchtlingsrat NRW
- Seebrücke

## II. **Berechnung von Abwesenheiten in der ZUE**

- NRW ist Vorreiter „Abwesenheiten“ zu prüfen, aufzusummieren und „nachsitzen“ zu lassen. Das Vorgehen wird als Unverschämtheit empfunden, weil die Bewohner der ZUE darüber nicht ausreichend aufgeklärt wurden und auch die Betreiber sowie die Bezirksregierung als Erstkontakte der Bewohner vollkommen andere Information dazu geben. Fakt ist aber, die Bewohner - trotz täglich mehrfachem check-in-check-out mit ihrer „Karte“ und mündlicher Absprache - sich einzig und allein bei der Ausländerbehörde abmelden müssen, wenn sie mehr als 24 Std. die Einrichtung verlassen.  
Die Sanktionen laufen aktuell, viele Widersprüche und Klagen stehen aus, der Innenminister erwartet ein OVG-Urteil.  
Die AG ZUE fordert alle Initiativen und auch die Beratungsstellen in den ZUE'n, und vor allem die Einrichtungsbetreiber sowie die Bezirksregierung auf, die Bewohner über dieses schreckliche Vorgehen unverzüglich aufzuklären“. Eine Widerspruchsvorlage und eine Information in mehreren Sprachen soll möglichst bald erarbeitet und verteilt werden.